

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

42. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 4. September 2002, 15:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)	Vorsitzende
Klaus-Dieter Müller (SPD)	- zeitweise -
Helmut Plüschau (SPD)	- zeitweise - i. V. von Klaus-Dieter Müller
Hermann Benker (SPD)	
Helmut Jacobs (SPD)	i. V. von Birgit Herdejürgen
Wilhelm-Karl Malerius (SPD)	i. V. von Thomas Rother
Bernd Schröder (SPD)	
Uwe Eichelberg (CDU)	
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)	
Joachim Behm (FDP)	i. V. von Christel Aschmoneit-Lücke
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- zeitweise -
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- zeitweise i. V. von Karl-Martin Hentschel

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
3.	a) Lage der schleswig-holsteinischen Werften	5
	b) Situation der Flender Werft	
	Mündlicher Bericht der Landesregierung in der Plenarsitzung am 21. Juni 2002	
4.	Sicherung der Versorgung der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies	6
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1826	
5.	Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals	7
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1936	
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1965	
6.	Bericht über Planungen für eine feste Fehmarnbeltquerung	10
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1937	
7.	Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb auf der Schiene	11
	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1927	
	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1985	

- 8. Außenwirtschaftspolitik** **12**
Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1827
- 9. Informations- und Kommunikationswirtschaft in Schleswig-Holstein** **14**
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/1935
- 10. Überprüfung der Baugebührenverordnung** **15**
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1930
- 11. Informationsreise des Wirtschaftsausschusses im Jahre 2003** **16**
- 12. Verschiedenes** **17**

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Lage der schleswig-holsteinischen Werften

b) Situation der Flender Werft

Mündlicher Bericht der Landesregierung in der Plenarsitzung am 21. Juni 2002

(überwiesen am 21. Juni 2002 zur abschließenden Beratung)

Unter Hinweis auf die im nicht öffentlichen Sitzungsteil geführte Diskussion erklärt der Ausschuss seine Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Sicherung der Versorgung der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1826

(überwiesen am 21. Juni 2002 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umweltausschuss)

Ausgelöst durch Fragen von Abg. Benker und der Vorsitzenden, Abg. Strauß, richtet der Ausschuss an die Vertreter der Landesregierung die Bitte, darüber zu berichten, inwieweit abfallrechtliche Regelungen einer Substituierbarkeit von Kies entgegenstehen, ob gegebenenfalls Auflagen des Landes möglich seien, die sicherstellen, dass Recyclingmaterial verstärkt als Substitutionsstoff für Kies verwendet werden könne, und ob präzisere Angaben über die Gesamtfläche der ausgewiesenen Vorranggebiete und der darin vorhandenen Reserven an Kies möglich seien.

Der Bitte von Abg. Benker an das MWTV, die Stellungnahme der Kieswirtschaft in Schleswig-Holstein zum Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1826, den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zur Verfügung zu stellen, schließt sich der Ausschuss an.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Plenum des Landtages, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1826, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1936

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1965

(überwiesen am 21. Juni 2002)

Abg. Eichelberg schlägt einleitend vor, dem Landtag zu empfehlen, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1936, zur Kenntnis zu nehmen. Er begründet sodann den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1965, und betont in diesem Zusammenhang noch einmal die besondere Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals auch mit Blick auf die EU-Osterweiterung hervor.

Abg. Schröder hebt auf den Bericht der Landesregierung ab, der für ihn deutlich ausweise, dass es sich hier uneingeschränkt um die Zuständigkeit des Bundes handle. Unbeschadet der selbstverständlichen Einschätzung, dass der Nord-Ostsee-Kanal auch eine große Bedeutung für das Land Schleswig-Holstein habe, schlage er auf der Grundlage des vorliegenden Antrages der CDU doch vor, diesbezüglich die Möglichkeiten auf Bundesebene zu nutzen.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, und Abg. Harms verweisen im Folgenden nachdrücklich darauf, dass sie dieser Argumentation von Abg. Schröder nicht folgen könnten, weil auch bei anderen bedeutsamen Verkehrsprojekten wie Autobahnen oder Schienenverkehr, bei denen die Bundeszuständigkeit gegeben sei, das Land stets für die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan eingetreten sei. Insoweit sei es unverständlich, warum dies für die so bedeutende Wasserstraße wie den NOK nicht gelten solle.

AL Dr. Eggers erklärt, der Antrag der CDU sei darauf gerichtet, dass der NOK als transeuropäische Wasserstraße in die TEN-Projekte der EU aufgenommen werde. Dazu müsse man wissen, dass der NOK bereits Bestandteil der TEN-Leitschemata sei, sodass grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, im Bereich der Verkehrsinfrastruktur Förderprogramme der EU hierfür in Anspruch zu nehmen. Antragsteller sei derjenige, der Vorhabenträger sei, bezüglich des NOK also der Bund. Insofern sehe er aus seiner fachlichen Beurteilung keinen Handlungsbedarf im Wege eines Antrages, weil der NOK den Charakter als TEN-Wasserstraße habe.

Bezüglich der mit dem Antrag ebenfalls geforderten Privatisierung - so fährt AL Dr. Eggers fort -, müsse man sich im Grunde genommen einmal klar machen, welche Voraussetzung dafür erfüllt sein müsse. Wenn der Betrieb des NOK in eine privatrechtliche Form gebracht würde, müsste das Unternehmen, das diese Aufgabe übernehme, die Möglichkeit haben, beim Betrieb schwarze Zahlen zu erwirtschaften. Bekanntlich sei es aber so, dass die Kosten der Kanalunterhaltung und des Kanalbetriebes um ein Mehrfaches die Einnahmen überstiegen. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sehe die Möglichkeit der Privatisierung nicht, wolle aber offenbar Teilbereiche des Kanalbetriebes weiterhin privatisieren; so sei offenbar die Nassbagerei privatisiert worden und weitere Teilbereiche würden wohl in dieser Richtung in die Überlegungen einbezogen. Abschließend betont AL Dr. Eggers, dann, wenn ein so starkes Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben bestehe, lasse sich eine privatrechtliche Betriebsform letztlich auch nur in einem Auftragsverhältnis darstellen. Er habe große Zweifel, ob dies sinnvoll sei.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, greift die Bemerkung von AL Dr. Eggers auf, dass der NOK sozusagen TEN-projektfähig sei. Nach den ihr bekannten Veröffentlichungen gelte für den NOK der Status einer Binnenwasserstraße. Wenn es sich hierbei aber um eine Nord- und Ostsee verbindende Wasserstraße im Zuge der EU-Erweiterung handeln solle, müsse der Kanal auch die Aufnahmemöglichkeit von Schiffen in einer Größe, die jetzt bei den Feeder-Verkehren anvisiert werde, vorhalten. Insofern interessiere sie, die Vorsitzende, die sicherlich auf EU-Ebene vorliegende Begründung für die Einstufung des NOK als TEN-projektfähig.

In der weiteren Aussprache regt Abg. Malerius ein Informationsgespräch mit den für den NOK auf Bundesebene zuständigen Behörden über die weitere Entwicklung des Nord-Ostsee-Kanals an, was dann gegebenenfalls auch zu fraktionsseitigen Initiativen im Landtag führen könne.

Abg. Eichelberg modifiziert aufgrund der Diskussion den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt: Die Landesregierung solle aufgefordert werden, den Ausbau der Nord-Ostsee-Kanals von Königsförde bis Kiel bei der Bundesregierung zum vordringlichen Bedarf für den Bundesverkehrswegeplan anzumelden und sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals im Zuge der EU-Erweiterung als transeuropäische Wasserstraße für die TEN-Projekte der EU angemeldet werde; die Nummer 2 der Ziffer II solle unverändert bleiben.

Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU spricht der Wirtschaftsausschuss die Empfehlung an den Landtag aus, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1965, abzulehnen.

Der Bericht der Landesregierung zum Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, Drucksache 15/1936, wird einstimmig mit dem Votum an den Landtag versehen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über Planungen für eine feste Fehmarnbeltquerung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1937

(überwiesen am 21. Juni 2002 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt-
ausschuss)

Ohne weitere vertiefte Aussprache spricht der Ausschuss einstimmig die Empfehlung an den Landtag aus, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1937, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb auf der Schiene

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1927

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1985

(überwiesen am 21. Juni 2002)

Abg. Eichelberg begründet kurz die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1927, sowie zu dem hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/1985.

Abg. Schröder erklärt, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag des SSW so, wie er jetzt vorliege, ebenfalls nicht zustimmen könne.

Abg. Harms verdeutlicht, dass er wisse, dass es bezüglich des Änderungsantrages des SSW zwischen den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abstimmungsprobleme gebe, und erklärt, er stehe bis zur Behandlung dieser Vorlagen im Landtag zu Gesprächen mit dem Ziel zur Verfügung, doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zu kommen.

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1927, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der FDP mehr Mehrheit dem Landtag zur Annahme empfohlen.

Der Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/1985, wird dem Landtag einstimmig zur Ablehnung vorgeschlagen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Außenwirtschaftspolitik

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1827

(überwiesen am 21. Juni 2002 zur abschließenden Beratung)

Abg. Eichelberg stellt fest, dass das Außenwirtschaftskonzept der Regierung noch nicht vorliege und fragt nach dem Zeitpunkt der Präsentation dieses Strategiepapieres.

AL Dr. Haass verweist hierzu auf die Nummer 6 des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/1827, die die Eckpunkte der neuen Außenwirtschaftskonzeption des Landes beschreibe. Diese Eckpunkte seien die Orientierungspunkte für die Außenwirtschaftsförderung und Außenwirtschaftspolitik in den nächsten Jahren. Es gebe ein Papier, das mit den Kammern und anderen Wirtschaftsverbänden intensiv abgestimmt worden sei und auf das auch in dem Bericht der Landesregierung Bezug genommen werde. In seinen Kernaussagen sei dieses Papier in den Bericht der Landesregierung übertragen worden, sodass das andere mehr die Arbeitsweise der hier tätigen Arbeitsgruppen betreffe.

Die Frage von Abg. Eichelberg nach der Besetzung der Geschäftsführerstelle bei der WSH beantwortet AL Dr. Haass mit dem Hinweis darauf, dass die Position bundesweit ausgeschrieben worden sei. Die weitere Frage von Abg. Eichelberg, ob es zutreffe, dass der Aufsichtsrat der WSH bereits jemanden einstimmig gewählt habe, wird von AL Dr. Haass verneint.

Mit Blick auf den Haushaltsentwurf stellt Abg. Eichelberg abschließend fest, dass die eingesetzten 400.000 € für Messen dem Vorjahresansatz entsprächen, obwohl der Bedarf doch bedeutend höher sei.

AL Dr. Haass verweist darauf, dass die Ausstattung von Etatpositionen mit der Zuleitung des Haushaltsentwurfs an das Parlament nunmehr auch primär Angelegenheit des Landtages sei. Aus der Sicht der Landesregierung könne er nur noch einmal unterstreichen, dass es in Zukunft in jedem Fall wichtig sei, im Bereich der Außenwirtschaftsförderung zu versuchen, etatisierte Mittel künftig effizienter einzusetzen. Richtig sei - so AL Dr. Haass auf die von Abg. Eichelberg gewählte Betonung -, dass das westeuropäische Ausland im Focus des neuen Außenwirtschaftskonzeptes stehe. Aber er meine schon, dass dies auch bisher der Fall

gewesen sei. Die westeuropäischen Länder seien nun einmal die wichtigsten Märkte für die schleswig-holsteinische Wirtschaft. Eine besondere politische Hilfe, abgesehen von der Mes-
seförderung, sei jedoch eher bei schwierigeren Auslandsmärkten geboten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1827, zur Kenntnis und erklärt damit seine Beratungen für abgeschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Informations- und Kommunikationswirtschaft in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/1935

(überwiesen am 20. Juni 2002 zur abschließenden Beratung)

Aus Zeitgründen wird die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes abgesetzt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Überprüfung der Baugebührenverordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1930

(überwiesen am 19. Juni 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Abg. Schmitz-Hübsch begründet den Antrag der Fraktion der CDU und betont noch einmal, dass alle Fakten dafür sprächen, dass sich mit der Euro-Umstellung die Gebühren nach der ab dem 1. Januar 2002 geltenden Baugebührenverordnung fast ausnahmslos verdoppelt hätten.

RL Dr. Koch weist darauf hin, dass die Vorarbeiten zur Neugestaltung der Baugebührenverordnung im Frühsommer 2000 begonnen hätten und im Herbst 2001 abgeschlossen worden seien. Mit Blick auf die am 1. Januar 2002 stattfindende Euro-Umstellung habe man die Sätze gleich entsprechend abgepasst, sodass man nicht sagen könne, dass diesbezüglich auf der „Teurowelle“ agiert worden sei. In einigen Fällen seien zwar die Gebühren um 100 % angehoben worden, insgesamt lägen die Erhöhungen im Schnitt aber bei rund 33 %.

Mit den Hinweisen von Abg. Schröder und Abg. Benker, dass es die seit dem 1. Januar 2002 geltende Baugebührenverordnung den Kommunen gestatten solle, in Zukunft gebührendeckender arbeiten zu können, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei, wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU mit dem Votum versehen, dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss zu empfehlen, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag abzulehnen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Informationsreise des Wirtschaftsausschusses im Jahre 2003

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, regt zur Meinungsbildung über Ziel und Inhalte der Informationsreise zunächst eine fraktionsübergreifende Abstimmung an. Die Ausschussmitglieder begrüßen diesen Vorschlag.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, nimmt Bezug auf ein Schreiben des Landtagspräsidenten vom 2. September d. J., in dem Landtagspräsident Arens auf einen Informationsbesuch bei seinem Amtskollegen in Mecklenburg-Vorpommern, der dem Besuch des Windkraftanlagenherstellers Nordex in Rostock gewidmet gewesen sei, hinweise. Präsident Arens habe anlässlich dieses Termins vereinbart, dass bei einem weiteren Treffen in Esbjerg die Besichtigung von Offshore-Anlagen und des dortigen Nordex-Werkes stattfinden solle. Bei diesem Treffen sollten wirtschafts- und umweltpolitische sowie touristische Auswirkungen der Windkraft im Vordergrund stehen. Da Präsident Arens verhindert sei, diesen für den 27./28. September geplanten Besuch in Esbjerg wahrzunehmen, bitte er u. a. einen Vertreter des Wirtschaftsausschusses, diesen Termin wahrzunehmen.

Wegen Verhinderung der Vorsitzenden und des stellv. Vorsitzenden am 27./28. September bittet der Ausschuss Abg. Malerius, diesen Termin wahrzunehmen.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 16:55 Uhr.

gez. Strauß

Vorsitzende

gez. Neil

Geschäfts- und Protokollführer